

Der „ersparte“ Arbeitsplatz

Das Schlagwort vom „Volkskapitalismus“ hat im Aufwind der Nachkriegskonjunktur einen Höhenflug angetreten, der die Gemüter mancher „Gesellschaftspolitiker“ in gefährlicher Weise durcheinander bringt. Besonders die Propagandisten und Projektmacher der „sozialen Marktwirtschaft“ balgen sich um diesen, wie sie meinen, fetten Happen und geben sich alle Mühe, um ihn auch den Arbeitnehmern möglichst schmackhaft zu servieren.

Der jüngste Versuch in dieser Richtung stammt von der „Studienvereinigung für Gesellschaftspolitik e. V.“ in Stuttgart, mit *Paul Jostock* und *Erwin Häußler* an der Spitze¹⁾, und die Wirtschaftswunderspeise, die sie anpreist, nennt sich „eigener Arbeitsplatz“.

Was treibt nun diese zweifellos verantwortungsvoll fühlenden Männer des katholischen Lagers zu solch zwiegesichtigen Vorschlägen und welche Bewandnis hat es damit eigentlich?

Der Skandal des „neuen Reichtums“

Wenn man die Tafel der „sozialen Marktwirtschaft“ um ein Gedeck bereichern will, das angeblich für den Arbeiter bestimmt ist, dann geschieht dies einfach deshalb, weil die Verteilung des neuen Reichtums auf die Dauer selbst den Apologeten des deutschen Wirtschaftswunders peinlich wird.

Der leider viel zuwenig gewürdigte „Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe“ hatte den Mut, auf diese Kehrseite der Medaille hinzuweisen und sich arg daran zu stoßen, daß nur rund 15 vH der westdeutschen Bevölkerung an die 93 vH des seit 1945 neu gebildeten Vermögens erworben haben sollen. Das ist ein „Skandal“, der nach Abhilfe schreit. (Der Kommentator des Hirtenbriefs, Innsbrucks Bischof Dr. *Paul Rusch*, übernimmt diesen harten Ausdruck vom bereits erwähnten *Jostock* und trifft sich damit wortwörtlich mit dem diesbezüglichen Urteil des ehemaligen Labour-Ministers *John Strachey*²⁾). Er zeigt, „daß es auch nach 1945 nicht gelungen ist, das vergrößerte Sozialprodukt der Arbeiterschaft nach den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit zuzuleiten. Und diese Tatsache erklärt wiederum, warum die Kirche auch gegenüber dem gemäßigten Kapitalismus von heute sehr zurückhaltend bleibt. Fehlt ihm doch offensichtlich jene institutionelle Einrichtung, die eine der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Verteilung der neugeschaffenen Güterfülle gewährleisten würde“³⁾).

Diese schonungslose Verurteilung ihres Systems durch das Episkopat des Nachbarlandes, verbunden mit den kritischen Stimmen aus den eigenen Reihen, scheint nun die Sicherheit der westdeutschen Christdemokraten doch etwas ins Wanken gebracht zu haben.

Wenn nämlich wirklich „so gut wie alles wieder ins Eigentum der Unternehmer und Kapitalbesitzer übergegangen ist“⁴⁾, dann hat die „soziale Marktwirtschaft“ versagt. Dann war auch sie nicht imstande, mit dem Problem fertig zu werden, warum „auf dem einen Flügel der Gesellschaft sich ein Berg des Reichtums auftürmt“, während „auf dem anderen ein gleich großer Morast der bitteren Armut entsteht“⁵⁾. Genau das ist eingetreten und „man wird kaum von der Wahrheit abweichen, wenn man feststellt, daß nach 10 Jahren sozialer Marktwirtschaftstheorie der Fiskus und die großen Kapitalgesellschaften reicher, das Volk in seiner Gesamtheit jedoch ‚ärmer‘ geworden ist als

1) Konturen einer neuen Schicht, Arbeitnehmer und Kapitaleigner zugleich. Weiterführung der in der Broschüre „Der Arbeitnehmer von morgen“ von Erwin Häußler MdB entwickelten Vorschläge. Schriftenreihe zur Gesellschaftspolitik. Heft 1, Stuttgart 1958, Studienvereinigung für Gesellschaftspolitik e. V.

2) Der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe. Herausgegeben im Auftrag der Bischofskonferenz und mit Kommentar versehen von Bischof Dr. Paul Rusch, Innsbruck-Wien-München 1957, S. 33, und J. Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957, S. 188.

3) Sozialhirtenbrief, S. 34.

4) Ebenda, S. 33.

5) J. Strachey, a.a.O., S. 81.

vor dem Krieg“⁶⁾. „Die Akkumulation der Reichtumsbildung in der Zehnjahresperiode 1949/57 ist in der Bundesrepublik genau nach den Erwartungen von *Karl Marx* erfolgt und nicht nach den Theorien von *Ludwig Erhard*“⁷⁾. Das aber ist mehr als peinlich.

Die „Studienvereinigung“ aus Stuttgart versucht es erfreulicherweise gar nicht erst, diese Tatsachen zu leugnen. Sie gibt vielmehr ohne weiteres zu, daß die gerügte Vermögensverteilung „weder unter volkswirtschaftlichen noch unter sozialen Gesichtspunkten als besonders ideal anzusehen ist“ und daß „die einseitige Richtung, die der Kapitalstrom in diesem ersten Aufbau-Jahrzehnt genommen hat“⁸⁾, ebenso bedenklich wie fragwürdig erscheint. Der Skandal des neuen Reichtums bleibt bestehen. Man kann, was vergangen ist, nicht ändern. Nur in Hinkunft will man es anders machen und „an die Stelle der bisherigen, wenig sozialen Art der Kapitalvermögensbildung in dem kommenden zweiten Jahrzehnt des Wirtschaftsaufbaus eine großzügige ‚Strategie der Kapitalvermögensbildung in den breiten Schichten‘ setzen“⁹⁾.

Der künftige Kapitalbestand darf also nicht mehr so verteilt werden wie bisher. Die Gründe hierfür sind bekannt. Der Arbeiter soll nach Ansicht der christdemokratischen Gesellschaftspolitiker vielmehr selber zum „Kapitaleigner“ und damit zum Repräsentanten jener „neuen Schicht“ werden, deren „Konturen“ man in Stuttgart bereits zu sehen vermeint. Es ist die Schicht der Volkskapitalisten mit der berühmten „Aktie überm Kanapee“¹⁰⁾. Und damit ist auch schon der Weg zumindest angedeutet, der angeblich zu diesem Ziele führen soll.

Der „garnierte“ Sparstrumpf

Um es gleich herauszusagen: die Stuttgarter „Studienvereinigung“ hat ganz offensichtlich in der nationalökonomischen Rumpelkammer gestöbert und dabei die vergilbten Sparstrümpfe wiederentdeckt, die seit der Weltwirtschaftskrise dort eingemottet sind. Nun sollen sie abermals herausgeholt und den Arbeitnehmern mit der Auflage überantwortet werden, dieselben vollzufüllen, und zwar nicht etwa mit Münzen oder Scheinen, so wie Anno dazumal, sondern ganz modern mit *Investmentzertifikaten*, d. h. mit Anteilsscheinen an einem mehr oder minder beweglichen Wertpapierpaket.

Und damit ja keine Unklarheit bestehen bleibt, sagen die Stuttgarter der verdutzten Arbeitnehmerschaft auch gleich, wieviel sie jeweils sparen soll. Acht- bis zehntausend D-Mark würden anfänglich genügen, denn das ist der Betrag, der in Westdeutschland durchschnittlich je Arbeitsplatz investiert wird.

Mit dieser Formalität ist alles wunderbar geregelt. Der Arbeiter ist dann kein simpler Arbeitnehmer mehr, sondern er ist zum Mitglied „einer neuen Schicht der Wirtschaftsgesellschaft“ geworden, zum Volkskapitalisten mit „eigenem Arbeitsplatz“. „Sein Einkommen besteht nicht mehr, wie jetzt, allein aus Lohn, sondern er bezieht mit Erreichung des ‚eigenen Arbeitsplatzes‘ ein Gesamteinkommen, das sich aus zwei Teilen zusammensetzt: Lohn plus Kapitalertrag je Arbeitsplatz, d. h. das, was bisher der ‚Kapitalist‘ an ihm ‚verdiente‘, weil dieser ja bisher auch stets allein für ihn das Kapital des Arbeitsplatzes bereitstellen mußte.

Beides zusammen ist der ‚maximale Arbeitsgegenwert‘. Mehr kann schließlich von keinem volkswirtschaftlichen System erzielt und ausgeschüttet werden, denn mehr ist nicht ‚drin‘, auch nicht im bestgeölten Sozialismus“¹¹⁾.

„Erstes Ziel im Lebensprogramm eines jeden Arbeitnehmers müßte es daher logischerweise sein, so rasch als möglich das Kapital des ‚Arbeitsplatzes‘ anzusammeln und

6) A. Reithinger, Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand, Frankfurt/Main 1958, S. 25.

7) Ebenda, S. 26.

8) Konturen, a.a.O., S. 6.

9) Ebenda, S. 7.

10) M. Pfeil, Die Aktie überm Kanapee, in: Spiegel 11/25 S. 10.

11) Konturen, a.a.O., S. 9.

damit zu verhindern, daß während seines ganzen Arbeitslebens ein Teil seines Arbeitsertrages als Kapitalverzinsung in fremde Hände fließen muß¹²⁾.

Damit ist die Katze aus dem Sack, doch es ist keine „brandneue“ Katze. Das geben ihre Heger selber zu. Sie ist vielmehr alt, uralte sogar, denn das „Sparrezept“ haben unsere Ahnen schon von ihren Altvordern übernommen; damals allerdings noch ohne die gefährliche gleisnerische Zuwaage der Stuttgarter Volksbeglucker, zu deren „Schneider, Beck, Maier und Müller“-Beispielen man nur mit Ludwig Erhard seufzen kann: — „Wie anspruchslos sind solche Zahlenspiele!“¹³⁾.

Sparstrumpf „garniert“: das also ist das neueste Gericht der sozialen Marktwirtschaft, mit dem man die Arbeiter abspesen und für das kommende Jahrzehnt an jenem unteren Ende der westdeutschen Wirtschaftstafel festhalten will, wo sich die bekannten 90 vH der kontraktbestimmten Einkommensempfänger um die eine Hälfte des Sozialproduktes balgen müssen, welche ihnen von dem 10-vH-Rest der Privat- oder Staatskapitalisten zum gefälligen Verbrauch überlassen wird.

Gotlob ist es noch nicht sicher, ob die präsumtiven „Volkskapitalisten“ überhaupt auf diesen Köder anbeißen und in den makabren Armutsreigen einsteigen werden, zu dem ihnen in Stuttgart aufgeblasen wird.

Utopie und Wirklichkeit

Tatsächlich liegen die Dinge nämlich so, und das wissen die Stuttgarter Pamphletisten ebenfalls, daß die christdemokratische Regierung der Bundesrepublik, „die ununterbrochen das Bekenntnis zu Privateigentum und Sozialstaat im Munde führt, in Wirklichkeit den Reichtum bei der öffentlichen Hand und den großen Kapitalgesellschaften konzentriert hat (und damit in die Nähe administrativ gelenkter totalitärer Staaten gerät)“¹⁴⁾.

Diese Eigentumsverteilung ist dem Arbeitnehmer etwas Sekundäres. Was ihn in erster Linie interessiert, ist die *Zusammensetzung und Verteilung des Sozialproduktes*. Er will wissen:

- a) ob sich der „Kuchen“, welcher Jahr um Jahr verteilt wird, aus Konsum-, Investitions- und Rüstungsgütern zusammensetzt und zu welchen Teilen dies der Fall ist;
- b) wie sich, falls der „Kuchen“ mit der Produktivitätszunahme wächst, dieses Wachstum auf die einzelnen Gütersparten verteilt;
- c) welcher Teil des „Kuchens“ eigentlich im Inland konsumiert wird, ob er da auch ausreicht oder ob man ohne Rücksicht darauf Teile davon an das Ausland abgibt, um sich andre Dinge dafür einzutauschen, die dann letztlich wem zugute kommen;
- d) ob er und seinesgleichen tatsächlich immer nur mit einem Prozentsatz¹⁵⁾ abgefunden wird, der ihnen gerade das Existenzminimum sichert, oder ob es nicht doch möglich ist, den zuständigen „Kuchenanteil“ über den normalen Wachstumsanfall hinaus zu steigern und so zu einer echten Umverteilung vorzustoßen.

Das sind die eigentlichen Fragen und Probleme, die den Arbeitnehmer direkt angehen, und wenn er sie in seinem Sinne zu beeinflussen vermag — was bekanntlich durchaus möglich ist —, dann verschwindet der Skandal des „neuen Reichtums“ ganz von selbst. Jedenfalls ist die „Verteilungsfrage“ der „Eigentumsfrage“ vorgeordnet. Zumindest was die Rangierung anbelangt.

Die zitierten Stuttgarter propagieren trotzdem den verkehrten Weg, und sie tun es sicher nicht von ungefähr. Dabei ignorieren sie nicht nur die recht unerfreuliche Tatsache, daß „die deutsche Konsumquote seit 1950 von 64 vH auf 59 vH zurückgegangen ist und damit „heute wesentlich tiefer liegt als die Konsumquote Großbritanniens

12) Ebenda, S. 10.

13) L. Erhard, Der Bürger auf dem Kanapee? in: Spiegel 11/28, S. 10.

14) A. Reithinger, a.a.O., S. 25/26.

15) Ebenda, S. 31.

(65 vH), Frankreichs (68 vH)“ oder „Italiens (71 vH)“¹⁵⁾, sondern sie sehen auch über den merkwürdigen Sachverhalt hinweg, daß die Westdeutschen „die halbe Welt mit modernsten Diesel- und Elektrolokomotiven, Gliederzügen, Trolleybussen und Straßenbahnen sowie der Hälfte“ ihrer „jährlichen Autoproduktion beliefern und dabei selber über ein streckenweise geradezu unterentwickeltes¹ Verkehrswesen und über eine Autodichte von nur etwa 50 vH derjenigen Großbritanniens verfügen“¹⁶⁾.

Diesen eklatanten Unterkonsumtionserscheinungen mit zusätzlichen Sparappellen zu begegnen, wie dies das Stuttgarter Autorenkollektiv versucht, heißt nicht nur dem Ausverkauf der Bundesrepublik Vorschub leisten und dem Wohlfahrtsstaat einen Riegel vorschieben, sondern das heißt auch die Zusammenhänge auf den Kopf stellen und den Teufel durch den Beizebul austreiben. Von der offensichtlichen Brückierung der Arbeiterschaft gar nicht erst zu reden.

Denn was wird dem Arbeitnehmer eigentlich geboten: Die vage Hoffnung auf einen „maximalen Arbeitsgegenwert“ in frühestens einem Jahrzehnt, bei gleichzeitiger Begrenzung desselben auf einem Niveau, das — falls es wirklich nicht mehr überboten werden könnte — nur den schlagendsten Beweis dafür erbrächte, daß *Marx* und *Lassalle* recht hatten und es also doch ein „ehernes Lohngesetz“ gibt, dem man auf die Dauer nicht enttrinnen kann. Das aber ist doch offensichtlich nicht der Fall, und der behauptete „Lohndeterminismus“ entpuppt sich als ein billiges Gemisch von Utopie und Wirklichkeit, von dem die Stuttgarter Sozialreformer vergeblich hoffen dürften, daß es sich als Treibstoff für eine „sozial entspannte Wirtschaftsgesellschaft“¹⁷⁾ eignet.

Der „maximale Arbeitsgegenwert“

Mit der Kalkulation, die diesem angeblichen „Maximum“ zugrunde liegt, haben die Stuttgarter Pamphletisten ihre Heimat um einen neuen Schwabenstreich bereichert. Denn soviel muß doch jedem sofort einleuchten:

1. Wenn die durchschnittliche Kapitalmenge je Arbeitsplatz zwischen 1951 und 1956 zugebenermaßen¹⁸⁾ fast auf das Doppelte gestiegen ist, dann darf wohl angenommen werden, daß dieser Trend auch seither anhält und sich im Rahmen der Automation noch weiter steigert. Damit wird aber:

a) die für den angeblichen „Besitz“ des „eigenen Arbeitsplatzes“ derzeit ausreichende Sparsumme von rund 10 000 DM zu einem höchst unsicheren Betrag, zumal man ihn kaum vor zehn Jahren zusammenkratzen kann, und nach diesem Jahrzehnt — das weiß man nun — ist der heute gültige „Kaufpreis“ selbstverständlich schon längst überholt und daher vom „eigenen Arbeitsplatz“ auch theoretisch keine Spur mehr;

b) der Stuttgarter Sparappell nicht zu einem Aufruf für ein einmaliges Notopfer, sondern eher zum Startschuß für ein endloses Windhunderennen, bei dem die Arbeitnehmer dem „eigenen Arbeitsplatz“ ebenso vergeblich nachhetzen wie die Meute dem künstlichen Hasen.

2. Wenn der nur aus dem Besitz des „eigenen Arbeitsplatzes“ resultierende und lohnmaximierende „Kapitalertrag“ nach einem vollen Sparjahrzehnt nicht mehr ausmacht als 12,50 DM in der Woche — und genau das geht aus den bereits erwähnten „Schneider, Beck, Maier und Müller“-Beispielen hervor —, dann muß man sich angesichts der im Westen allgemein geübten Praxis der inflationären Wachstumsfinanzierung doch sofort die Frage vorlegen, ob unter diesen Umständen der Tauschwert des Geldes innerhalb eines Jahrzehnts nicht um gleich viel oder gar noch mehr zurückgeht als um diesen minimalen Mehrbetrag. Damit würde aber:

16) Ebenda, S. 30.

17) Konturen, a.a.O., S. 26.

18) Ebenda, S. 8/9.

JOHANNES KASNACICH-SCHMID

c) der gutgläubige Investmentsparer, wenn er auf den Stuttgarter Appell hineinfällt und die darin vorweggenommenen Gesetze tatsächlich einmal in Kraft sein sollten, zwar um einen Titel reicher werden, und er könnte sich in schönem Anklang an den Osten vielleicht „Volkskapitalist und Held des Sparens“ nennen, gleichzeitig jedoch sähe er sich um all die Realwerte geprellt, die er hätte erwerben können, wenn er anstatt des Wertpapiersparens — vor dessen Überschätzung sogar *Erhard* warnt¹⁹⁾ — in ein entsprechendes Ratengeschäft eingestiegen wäre.

Und was gar erst den präpotenten Begriff vom „maximalen Arbeitsgegenwert“ anlangt, so erübrigt sich angesichts der „zwölf Mark fuffzig“ hier wohl jede ernsthafte Diskussion.

Fazit

Der Skandal des neuen Reichtums existiert. Das ist keine Frage. Er kann indes nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß man dem Arbeiter eine Kapitalbeteiligung einredet, die von einem Konsumverzicht begleitet ist, der jedem Wohlfahrtsstreben Hohn spricht.

Der Arbeiter ist an der „Akte überm Kanapee“ ebensowenig interessiert wie am sogenannten „eigenen Arbeitsplatz“. Das, wonach er ernstlich strebt, ist der „sichere Arbeitsplatz“, ist die eigene Wohnung, das Eigenheim vielleicht und der VW davor.

Natürlich interessiert ihn auch der „maximale Arbeitsgegenwert“. Allerdings nicht der „plus zwölf Mark fuffzig“, sondern ein tatsächlicher Höchstlohn, der ihm und seinesgleichen eine westlich repräsentative Konsumquote ermöglicht, und der, das weiß er ganz genau, nur im Rahmen einer echten Umverteilung des Sozialproduktes realisierbar ist. Dabei aber kann ihm kein Stuttgarter Zehn-Jahr-Plan helfen und auch keine subventionierte Bindung an Investmentpapiere.

Um das zu erreichen, muß er vielmehr den Weg weitergehen, den er schon vor beinahe hundert Jahren eingeschlagen hat, *den Weg der Gewerkschaften zur Reallohnsteigerung*.

19) L. Erhard, a.a.O., S. 10.